

Zürich wehrt sich gegen Poststellenabbau

Standesinitiative SVP, SP, Grüne und EDU spannen zusammen für ein Moratorium gegen Schliessungspläne der Post

VON MATTHIAS SCHARRER

Der Zürcher Kantonsrat sendet ein Zeichen gegen Poststellenschliessungen nach Bern: Er hat sich gestern mit klarer Mehrheit für die Lancierung einer Standesinitiative ausgesprochen, mit der der Kanton sich gegen die Schliessung weiterer Poststellen wehren soll.

Konkret wird der Bundesrat aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Post keine Poststellen mehr schliesst, bis eine gesamtschweizerische Poststellenplanung vorliegt und durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation genehmigt ist. Die Poststellenplanung sei in Zukunft alle vier Jahre zu überarbeiten und dem Uvek dann jeweils erneut zur Genehmigung vorzulegen. So verlangt es eine von Kantonsräten der SVP und der EDU eingereichte parlamentarische Initiative. Sie wurde gestern im 180-köpfigen Zürcher Kantonsparlament mit 104 Stimmen überwiesen. Die für eine vorläufige Unterstützung nötigen 60 Stimmen erreichte sie damit problemlos.

Dies lag daran, dass mit SP und SVP die beiden grössten Fraktionen zusammenspannten. Auch die EDU, die Grünen und Teile der EVP-Fraktion unterstützten das Anliegen.

Misstöne unter Verbündeten

Ganz ohne Misstöne innerhalb der Allianz von SP, SVP, EDU und Grünen ging die Debatte allerdings nicht über die Bühne: Tobias Langenegger (SP, Zürich) warf dem Erstunterzeichner des Vorstosses, Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) vor, bei der SP abgeschrieben zu haben. So habe Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) im Nationalrat 2017 eine praktisch gleichlautende Motion eingereicht.

Amrein liess den Vorwurf nicht auf sich sitzen. Zwar sei der erste Teil seiner kantonsrätlichen Initiative inhaltlich praktisch identisch mit der SP-Motion im Nationalrat. Doch darüber hin-



Die Post baut ab und um: Seit Ende September 2017 befindet sich in den Räumen der Miet and Drive AG in der Fahrweid eine Postagentur.

SEVERIN BIGLER

aus verlange er, die Poststellenplanung alle vier Jahre zu überprüfen. So kämen wirtschaftliche Aspekte besser zu Geltung.

Mangelnde Originalität kritisierte auch Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil): Er verwies darauf, dass in anderen Kantonen ebenfalls bereits Vorstösse für ein Poststellen-Schliessungs-Moratorium eingereicht wurden. Zudem handle es sich um ein nationales Thema, und kantonale Standesinitiativen blie-

ben in der Regel folgenlos. Auch diese Kritik konterte Amrein: «Es hat nichts mit Populismus zu tun, wenn der einwohnerstärkste Kanton eine Standesinitiative einreicht.»

Gegen eine Zürcher Standesinitiative in Sachen Poststellen sprachen sich auch FDP, GLP und AL aus. «Die Zeiten ändern sich, die Nachfrage ändert sich», sagte Jörg Mäder (GLP, Opfikon). Daher wäre es falsch, etwas, das nicht mehr gefragt ist, in Beton zu giessen.

Zumal die Frage unbeantwortet bleibe, wer unrentable Poststellen finanzieren solle, wie Christian Schucan (FDP, Uetikon am See) anfügte. Als Uetiker Gemeinderat habe er zudem die Erfahrung gemacht, dass man mit der Post durchaus reden und Poststellenschliessungen zumindest verzögern könne. Die AL kritisierte zwar den geplanten Abbau von weiteren mehreren Hundert Poststellen in der Schweiz. Es bringe jedoch nichts, mit einer Standesinitiative

dagegen anzukämpfen, fand Kaspar Bütikofer (AL, Zürich).

Erich Vontobel (EDU, Bubikon) hielt dagegen: Poststellen würden vermehrt in Läden integriert. «Das Resultat ist jämmerlich. Das Personal hat keine Zeit, wenn Leute an der Kasse Schlange stehen - und die Do-it-yourself-Software ist zu kompliziert.» Mit der Standesinitiative könne Zürich einen Beitrag zur Überprüfung der geplanten Poststellenschliessungen leisten.

Volksinitiative

CVP hat genug Unterschriften für Prämieninitiative

Die CVP hat für ihre kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» bereits 8500 Unterschriften beisammen, wie sie gestern mitteilte - deutlich mehr, als nötig wären. Auch die AL half bei der Unterschriftensammlung.

Das Volksbegehren verlangt, dass der Kanton Zürich künftig gleich viel Geld für die individuelle Krankenkassen-Prämienverbilligung beisteuert wie der Bund. Seit einigen Jahren bezahlt der Kanton lediglich 80 Prozent des erwarteten Bundesbeitrags.

Mit dem Einreichen der Volksinitiative wartet die Zürcher CVP aber noch bis nächsten Montag, wie ihre Exponenten erklärten. Dann steht nämlich im Kantonsrat das kantonale Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz auf der Traktandenliste - und damit auch die Prämienverbilligung.

Mit einem Minderheitsantrag versucht die CVP dabei, das Ziel ihrer Initiative bereits im Parlament zu erreichen. Doch die Chancen stehen schlecht, wie Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) gestern auf Anfrage sagte: Voraussichtlich werde eine Mehrheit des Parlaments, bestehend aus FDP, SVP und GLP, den CVP-Antrag ablehnen. Für diesen Fall habe die CVP bereits ihre Volksinitiative auf Lager. Das wollte sie gestern, drei Wochen vor den kantonalen Wahlen, schon mal kundtun mit einer symbolischen Präsentation der Unterschriftenschachteln auf der Rathausbrücke. Die Schachteln waren leer, wie ein Beteiligter verriet. (M.TS)

Gegen den Schlendrian im Sportunterricht

Kantonsrat Die Sportnote am Gymnasium soll zählen. Davon versprach sich Einzelinitiant Balz Bürgisser viel. In der Debatte standen die Zeichen gut. Und doch reichte es nicht für die nötigen 60 Stimmen.

VON PATRICK GUT

Gymnasiasten absolvieren drei Sportlektionen pro Woche. Das Fach wird benotet, zählt aber nicht. Will heissen: Wer im Sport schlecht ist, kann deswegen nicht von der Schule fliegen. Eine gute Sportnote hilft im Gegenzug auch nicht, um ungenügende Noten in einem anderen Fach zu kompensieren. Der Sport ist - mit anderen Worten - nicht promotionswirksam.

Balz Bürgisser wollte dies mit seiner Einzelinitiative ändern. Der pensionierte Gymlehrer hat in seiner Funktion als Prorektor des Realgymnasiums Rämibühl Sportstunden besucht. Dabei habe er immer wieder Schülerinnen und Schüler angetroffen, die einfache Übungen am Gerät verweigern. Andere hätten den 12-Minuten-Lauf gemächlich spazierend absolviert. Kurzum: «Im Sport herrscht der Schlendrian und er hat keine gravierenden Konsequenzen», sagte Bürgisser, der für die Grünen im Stadtzürcher Gemeinderat politisiert.

Aus anderen Kantonen, in denen der Sport promotionswirksam sei, wisse man, dass dies die Motivation

für das Fach steigere. Die Jugendlichen würden sich mehr bewegen. Und: Die Forschung habe positive Effekte von Bewegung aufs Gehirn festgestellt.

Der Bildungsrat bezeichnete den Sport in seiner Stellungnahme zwar als einen wichtigen Bestandteil der gymnasialen Bildung. Sportliche Fähigkeiten würden aber keinen substanziellen Beitrag zur Hochschulreife leisten. Dieser Ansicht widersprach Bürgisser, der sein Anliegen gestern im Kantonsrat vertreten durfte: «Sport fördert die Gesundheit, die psychische Stabilität, die Konzentration und die Teamfähigkeit. Alles Kompetenzen, die wesentlich dazu beitragen, irgend ein Studium erfolgreich zu absolvieren.»

Nur Intellekt zählt

Sport sei eine Sache des körperlichen Ausgleichs und so müsse es auch bleiben, sagte SVP-Kantonsrat Matthias Hauser (Hüntwangen). «Wer Sport treibt, bleibt gesund. Das kann aber nicht über die Hochschulreife entscheiden.» Gymnasien müssten allein intellektuelle Leistungen anerkennen. Es gebe keinen Grund, der Initiative zuzustimmen, ausser man wolle das Gymnasium für Leute vereinfachen, die im Sport zwar gut seien aber weniger gute kognitive Fähigkeiten mitbringen würden. Keine Unterstützung gab es ausserdem von der CVP, der EVP und der AL.

Stimmfreigabe hatten SP und GLP beschlossen. Man habe für beide Seiten gute Argumente gefunden. Für die GLP

sagte Christoph Ziegler (Elgg), der Sport geniesse gesellschaftlich einen hohen Stellenwert. Ob eine gute Leistung indes wichtig sei, um die Hochschulreife auszuweisen, bezweifle die Partei. Von beiden Parteien war die Unterstützung am Ende eher schwach.

Ausgleich für Knaben

Obschon die FDP-Vertreterin Unterstützung signalisierte, standen auch die Freisinnigen in der Abstimmung nicht geschlossen hinter dem Anliegen. Mehr Sympathien genoss die Initiative bei den Grünen. Karin Fehr (Uster) sagte: «Gymnasien müssen nicht nur die kognitiven Fähigkeiten der Schüler fördern.» Ähnlich argumentierte Rico Brazler (Horgen) für die BDP.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) meinte, es könne etwas vom Leistungsdruck nehmen, wenn man mit einer guten Leistung im Sport eine schlechte Note in einem anderen Fach ausgleichen könne. Mit Sport als Promotionsfach werde Chancengleichheit geschaffen, sagte Egli. Das könne auch einen Ausgleich für die Knaben schaffen, die im heutigen - sprachlastigen Gymnasium - benachteiligt seien. Egli erntete Widerspruch von seiner Parteikollegin Maria Rita Marty (Volketswil). Mit Sport als Promotionsfach drohen aus ihrer Sicht schlechtere Leistungen am Gymnasium. Zudem seien der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Trotz allen positiven Voten reichte es letztlich bloss für 50 Stimmen. Für eine vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative wären 60 Stimmen nötig gewesen.

Einzelinitiative

Anwaltspatent bleibt gleich wichtig

Seine dritte Einzelinitiative brachte dem parteilosen Oberengstringer Jus-Studenten Artur Terekhov gestern bei Kantonsrat Davide Loss (SP, Adliswil) bereits die Bezeichnung «181. Kantonsrat» ein. Doch Terekhovs Anliegen, wonach berufsmässig-anwaltschaftliche Tätigkeiten künftig vermehrt auch ohne Anwaltspatent zulässig sein sollten, scheiterte: Seine Einzelinitiative fand lediglich bei 17 Kantonsräten aus den Reihen von GLP, EDU und SVP Unterstützung. Damit verfehlte sie die für eine Weiterbearbeitung nötigen 60 Stimmen deutlich.

Terekhov, der als Student bereits Rechtsberatungen ausübt, hatte seinen Vorstoss unter dem Motto «mehr Wettbewerb und günstigere Prozessführung» beworben. Bruno Amacker (SVP, Zürich), von Beruf Richter, wies darauf hin, dass es in der Schweiz keinen generellen Anwaltszwang gibt: «Jeder darf jeden vertreten.» Einzig die berufsmässige Rechtsvertretung sei in den meisten Fällen patentierten Rechtsanwältinnen vorbehalten - was laut Amacker einem «Mindestmass an Konsumentenschutz» gleichkomme. Diese Regelung fand die überwiegende Mehrheit erhaltenswert. Als klar war, dass sein Vorstoss scheitern würde, hob Terekhov zu einer längeren Rede über die Einschränkung der Freiheit an. Nachdem ihn Ratspräsidentin Yvonne Bürgin ermahnte, bei der Sache zu bleiben und auf die bereits abgelaufene Redezeit hinwies, beendete er seine Rede und ging. (M.TS)